Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1689
07. 04. 78

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 12. April 1978
am Donnerstag, dem 13. April 1978

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	15, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	16, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	8, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	11, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	13, 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	13, 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	2, 36)*
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	37 *)

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wieviel Wohnungen werden gegenwärtig bzw. sind in den letzten Jahren jährlich nach dem sogenannten Bauherren-Modell errichtet worden, und welche wohnungspolitische und gesamtwirtschaftliche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem nach diesem Modell errichteten Anteil von Wohnungen am Gesamtwohnungsbau bei?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

2. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob Bundesländer auch die Drittmittel für Forschung an den Hochschulen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dem Bundesforschungsministerium u. a. in den Etat einstellen und sie damit – zusätzlich zu den Vorschriften der Geldgeber – auch noch allen Verwaltungsvorschriften des Landes unterstellen, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls daraus zu ziehen?

3. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung im Hinblick auf den Mangel an Ausbildungsplätzen in einigen Bereichen der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in Ostbayern, bereit, Maßnahmen zur Förderung von Ausbildungskapazitäten zu ergreifen und hierbei die Bundesanstalt für Arbeit einzuschalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter **Augstein** (SPD)

Um welchen Prozentsatz ist die Zahl der Ausbildungsverträge im öffentlichen Dienst des Bundes während des letzten Berichtsjahrs gestiegen, und was gedenkt die Bundesregierung für den Fall, daß der Bundesdurchschnitt von 12,1 v. H. nicht erreicht sein sollte, zu tun, um im neuen Berichtsjahr und in künftigen Jahren dem Bundesdurchschnitt möglichst nahe zu kommen?

5. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die in der Gustav-Heinemann-Initiative ausgesprochene Ansicht, daß die Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland durch Angst, Trägheit und Resignation bedroht sei, daß Einschüchterung und Selbstzensur den Raum freier Diskussion einschränken würden und daß vor allem junge Menschen an den Rand einer Gesellschaft gedrängt würden, in der Unduldsamkeit wieder modern werden könnte, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung gegebenenfalls für erforderlich, falls auch sie die Freiheit in unserem Lande bedroht sieht?

6. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Warum sind nach Auffassung der Bundesregierung vor allem die „Deutschen Jungdemokraten" Ziel ideologischer Beeinflussungsbemühungen durch kommunistische Funktionsträger (so der FDJ) oder östlicher Nachrichtendienste (s. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs von Schoeler auf meine Fragen Nummer 14/15, Drucksache 8/1612)?

7. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache — auch im Zusammenhang mit entsprechender Erwähnung der Ostkontakte der FDP-Jugendorganisationen „Deutsche Jungdemokraten" im Verfassungsschutzbericht des Jahrs 1976 —, daß der frühere Referent für Internationales im Bundesvorstand der „Deutschen Jungdemokraten", Gernot Gutsch, der nach Zeitungsmeldungen eine Wahlvorschlagsliste der DKP unterschrieben hat und gegen den deshalb ein Ausschlußverfahren in der FDP lief, am Internationalen Sommerlager der „FDJ" in Potsdam 1977 laut „FDJ"-Zeitschrift „Junge Welt" vom 12./14. August 1977 teilnahm, und sieht hier die Bundesregierung einen Zusammenhang mit entsprechenden Infiltrationsbemühungen der „FDJ" und des DDR-Staatssicherheitsdienstes auf eine politische Jugendorganisation in der Bundesrepublik Deutschland?

8. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Zu welchem Zeitpunkt hat sich der Bundesinnenminister für die Ausrüstung der Bereitschaftspolizei und des Bundesgrenzschutzes mit der P 225 entschieden, und welches waren die Gründe für diese Entscheidung?

9. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die P 225 wesentlich teurer ist als die Pistole der Firma Heckler & Koch aus Oberndorf, und hat die PSP die geforderten Bedingungen erfüllt?

10. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung nicht doch die Notwendigkeit, sich auf eine geeignete Abkürzung für den Namen unseres Landes zu einigen, wo doch fast alle Staaten mit relativ langen Namensbezeichnungen eine solche haben (vgl. z. B. USA, UdSSR etc.), und es manchmal aus technischen Gründen zwingend ist, eine Abkürzung zu verwenden, wie z. B. auf internationalen Sportveranstaltungen, und hält die Bundesregierung als Kürzel für die Bundesrepublik Deutschland das im internationalen Straßenverkehr verbindliche Kennzeichen „D" für geeignet und durchsetzbar?

11. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung — nachdem sie in der Fragestunde vom 17. Februar 1978 mitgeteilt hat, ihre Überlegungen, wie der 17. Juni 1978 seiner Bedeutung entsprechend begangen werden könne, seien noch nicht abgeschlossen — inzwischen zu einem Abschluß ihrer Meinungsbildung gelangt, und wie gedenkt sie, den 25. Jahrestag des Volksaufstands in Mitteldeutschland öffentlich zu begehen?

12. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, betroffenen Bauherren die Kosten für Schallschutzmaßnahmen im Rahmen der Schallschutzauflagen gegen Fluglärm in gleicher Weise zu erstatten, wie dies nach dem Entwurf eines Gesetzes zum Schutz gegen Verkehrslärm an Straßen und Schienenwegen der Fall sein soll, und wird sie hierzu eine entsprechende gesetzliche Regelung dem Parlament vorlegen?

13. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte darüber zu, daß zwischen Bundeskriminalamt und Kraftfahrt-Bundesamt ein reger Datenaustausch stattfindet, und falls ja, in welchem Umfang werden Daten von Kraftfahrzeughaltern und polizeilich Gesuchten zwischen diesen Behörden ausgetauscht, und hält die Bundesregierung diesen Austausch mit den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes für vereinbar?

14. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, mit welchen Schwierigkeiten und unzumutbaren Auflagen die Ablegung der polnischen Staatsangehörigkeit für diejenigen Aussiedler verbunden ist, die ohne die Entlassung aus der polnischen Staatsangehörigkeit in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, und was gedenkt sie für diese Mitbürger zu tun?

15. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist es zulässig, daß in amtlichen Papieren und behördlichen Bescheiden bei den Bürgern, die vor 1945 geboren sind und deren Geburtsorte vor 1945 zu Deutschland bzw. zum deutschen Reichsgebiet gehörten, heute als Geburtsland bei dem jeweiligen Geburtsort der Name des Nachfolgestaats eingetragen wird?

16. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Bundesgrenzschutz mit zur Sicherung kerntechnischer Anlagen insbesondere für das Entsorgungszentrum einzusetzen, und hat sie entsprechende Verhandlungen mit den einzelnen Bundesländern aufgenommen?

17. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß der sowjetische Generalleutnant Loshkin mehrfach die Grenzschutzsondergruppe 9 (GSG-9) besucht hat, und in welchem Umfang wurde er dort über Ausrüstung, Taktik usw. informiert?

18. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die durch zunehmenden Mißbrauch des deutschen Asylrechts, durch unkontrollierten Zugang von Asylbewerbern über Ost-Berlin und durch viel zu lange dauernde Asylverfahren unerträglich angestiegene Zahl von Asylbewerbern auf das rechtsstaatlich, wirtschaftlich und politisch zumutbare Maß zu beschränken?

19. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Erklärungen des sogenannten Russell-Tribunals?

20. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Informationen über verstärkte rechtsradikale Aktivitäten vor, insbesondere auf terroristischem Gebiet?

21. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Trifft der Bericht der Wirtschaftswoche, Nr. 12 vom 17. März 1978, über die Trunkenheit am Schreibtisch in Bonner Ministerien zu, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung gegebenenfalls für geeignet, um den Alkoholmißbrauch während der Dienstzeit zu unterbinden?

22. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Trifft es zu, daß ein Beamter des Bundesamts für Verfassungsschutz seit dem 29. November 1977 wegen Verdachts der Weitergabe geheimen Materials inhaftiert ist?

23.	Abgeordneter **Thüsing** (SPD)	Trifft es zu, daß der Journalist Hans-Georg Faust vom Verfassungsschutz überwacht wird und daß an seinem Fahrzeug im April 1977 ein Peilsender angebracht und bei einer TÜV-Prüfung entdeckt worden ist?
24.	Abgeordneter **Roth** (SPD)	Welche dienstrechtlichen und strafrechtlichen Schritte sind bisher gegen die für den rechtswidrigen Einbruch in das Haus Traube (Lauschangriff) verantwortlichen Beamten eingeleitet worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

25.	Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)	Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß Haftpflichtversicherungen sich weigern können, notwendige Heilmaßnahmen zur Rehabilitation eines Unfallschwergeschädigten zu finanzieren, obwohl ein rechtlicher Anspruch an die Versicherung des Schädigers besteht?
26.	Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)	Was gedenkt die Bundesregierung ferner dagegen zu tun, daß diese Unfallopfer von der Justizkasse und der Haftpflichtversicherung des Schädigers gepfändet werden und für alle bisher entstandenen Kosten selbst aufkommen müssen, weil ihnen durch ein negatives Fachgutachten – obwohl andere Fachgutachten zu ihren Gunsten sprachen – das Armenrecht zur Klageführung verweigert wurde?
27.	Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)	Treffen Berichte zu, daß die Bundesregierung das 1974 geschaffene 2. Wohnraumkündigungsschutzgesetz derart ändern will, daß zukünftig nicht mehr an der sogenannten Vergleichsmiete festgehalten wird, und welche anderen Formen des Mieterschutzes sieht die Bundesregierung bejahendenfalls vor?
28.	Abgeordneter **Conradi** (SPD)	Hat die Bundesanwaltschaft bei ihrer Strafanzeige gegen den Journalisten Hans-Georg Faust wegen „verfassungsfeindlicher Sabotage" (§ 88 StGB) im Auftrag, auf Weisung oder mit Wissen der Bundesregierung gehandelt?
29.	Abgeordneter **Conradi** (SPD)	Hat die Bundesregierung die Strafverfolgungsbehörden ermächtigt, den Journalisten Hans-Georg Faust wegen der Weitergabe geheimen Materials und geheimer Nachrichten (§ 353 c StGB) zu verfolgen?
30.	Abgeordneter **Thüsing** (SPD)	Trifft es zu, daß Beamte der Bundesanwaltschaft am 17. August 1977 und am 29. November 1977 zusammen mit Beamten des Bundeskriminalamts das Haus des Journalisten Hans-Georg Faust untersucht und dabei Archivmaterial für ein geplantes Buch beschlagnahmt haben?
31.	Abgeordneter **Roth** (SPD)	Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgte die Durchsuchung der Wohnung des Journalisten Hans-Georg Faust, auf welcher Rechtsgrundlage erfolgte die Beschlagnahme der sichergestellten Gegenstände, und wann wurde das Material zurückgegeben?
32.	Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, daß wegen des Wegfalls der sogenannten Schlüssigkeitsprüfung das Mahnverfahren zur Geltendmachung überhöhter Forderungen mißbraucht wird, und wenn ja, welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

33. Abgeordneter **Coppik** (SPD)	Wieviel Strafanzeigen bzw. Verfahren hat es nach dem Wissensstand der Bundesregierung seit 1969 wegen Vergehen nach § 88 StGB gegeben?
34. Abgeordneter **Coppik** (SPD)	Wieviel Ermächtigungen, wegen des § 353 c StGB strafrechtlich vorzugehen, hat die Bundesregierung seit 1969 erteilt?
35. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)	Trifft es zu, daß der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof für den Untersuchungsgefangenen Hans-Georg Faust verschärfte Haftbedingungen angeordnet hat, zum Beispiel keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, kein Fernsehempfang, kein Kirchgang, kein gemeinsamer Hofgang, kein Zeitungsbezug, und auf welcher rechtlichen Grundlage wurde diese Kontaktunterbindung angeordnet?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

36. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)	Zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Bundesregierung, den Lohnsteuerfreibetrag für unentgeltliche oder verbilligte Mahlzeiten im Betrieb für Arbeitnehmer von derzeit 1,50 DM den Sachbezugswerten anzugleichen, wie sie durch die Sachbezugsverordnung vom 28. Dezember 1977 zwischen 2,20 DM und 2,80 DM neu festgelegt wurde?
37. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)	Welche geschätzten Steuerausfälle stehen dabei welchen geschätzten Verwaltungskosten gegenüber?
38. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, nach denen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1. Januar 1978 ca. 4000 Bewohner privater Alten- und Pflegeheime zu Sozialhilfeempfängern geworden sind, und verfügt sie gegebenenfalls über Erkenntnisse darüber, welche Mehrausgaben dadurch den Gemeinden – Gemeindeverbänden entstehen?
39. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)	Aus welchen Gründen werden bei privaten Alten- und Pflegeheimen sowie bei Arzneimitteln 12 v. H. Mehrwertsteuer erhoben, hingegen z. B. pornographische Literatur nur mit 6 v. H. belastet wird?
40. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß innerhalb der Bundesregierung Überlegungen im Gange sind, das sogenannte Bauherren-Modell steuerlich neu und bundeseinheitlich zu regeln, und welche konkreten Absichten verfolgt sie dabei?
41. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)	In welchen Bundesländern sind die Pannenhilfsfahrzeuge der Automobilclubs von der Kraftfahrzeugsteuer befreit, und sieht die Bundesregierung Bedenken dagegen, die Pannenhilfsfahrzeuge der Automobilclubs allgemein von der Kraftfahrzeugsteuer zu befreien?

42. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Finanzämter endgültige Steuerbescheide an unterhaltsverpflichtete Elternteile herausschicken auf einer Rechtsgrundlage, die das Bundesverfassungsgericht als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar festgestellt hat, so daß die Steuerpflichtigen förmlich Einspruch einlegen müssen, um ihre Rechtsansprüche zu sichern, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, sich bei den Länderfinanzverwaltungen dafür einzusetzen, daß Steuerbescheide an unterhaltsverpflichtete Elternteile bezüglich der vom Bundesverfassungsgericht als mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbarenden Gesetzesbestimmungen nur als vorläufig herausgehen, um zu verhindern, daß Steuerpflichtige, die sich auf die Wirksamkeit des Bundesverfassungsgerichtsurteils verlassen und daher keinen Einspruch einlegen, keinen Schaden erleiden?

43. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wie entwickelt sich die Ertragslage der Deutschen Bundesbank angesichts der umfangreichen Dollarkäufe zur Kurspflege des Dollar, und kommen in Verbindung damit Haushaltsrisiken auf den Bund zu?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

44. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Trifft es zu, daß sich das Land Schleswig-Holstein bei der Bundesregierung um eine Neuschneidung des Zonenrandgebiets in Schleswig-Holstein (Verteilung der Mittel statt auf acht Kreise nur auf die grenznahen Gebiete) bemüht hat, und wie hat die Bundesregierung gegebenenfalls darauf reagiert?

45. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Wissenschaftlern, daß die Preise für Arzneimittel in der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu vergleichbaren Industriestaaten überdurchschnittlich hoch sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

46. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für möglich, durch eine Änderung des Patentschutzgesetzes den Wettbewerb auf dem Arzneimittelmarkt zu beleben, um so im Interesse der Verbraucher die Arzneimittelpreise zu senken?

47. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß die Ruhrkohle AG in Verhandlungen über Subventionen zu einer Überbrückungshilfe steht und daß im Rahmen dieser Verhandlungen ein Papier vorgelegt wurde, in dem mehrere Schachtanlagen, u. a. auch Fürst Leopold Wulfen in Dorsten, als Auslaufanlagen benannt werden für den Fall, daß nach Meinung der Ruhrkohle AG eine unzureichende Überbrückungshilfe seitens der Bundesregierung gewährt wird, und wenn ja, wie ernst schätzt die Bundesregierung diese Ankündigung ein, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

48. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

In welcher Höhe hat die Bundesregierung Subventionen für den Ruhrbergbau insgesamt und für welchen Zeitraum geplant, und sind diese mit Auflagen verbunden, und wenn ja, welcher Art sind diese Auflagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

49. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu den von der Presse aufgenommenen öffentlichen Ausführungen des für die Haushaltspolitik verantwortlichen Mitglieds der EG-Kommission, Christopher Tugendhat, nach denen angeblich die Bundesregierung einen großen Teil der Verantwortung dafür trage, daß die Ausgaben für die Agrarpolitik der Gemeinschaft weiterhin ständig stiegen, da der Löwenanteil der Agrarüberschüsse gegenwärtig in Deutschland produziert würde?

50. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen in der deutschen Öffentlichkeit Unruhe auslösenden Behauptungen in der dargestellten Form durch Hinweise darauf zu begegnen, daß das System der EG-Agrarpolitik auf der Annahme fester Wechselkurse aufgebaut ist, und daß dessen Wegfall nicht die Schuld der deutschen Agrarpolitik sein kann, daß man nicht von einer künstlich unterbewerteten „grünen Mark" sprechen kann, die den Bauern hohe Preise sicherten, da infolge Währungsänderungen der letzten Jahre, insbesondere durch die Abwertung, der Preisanstieg in den Abwertungsländern für Agrarprodukte wesentlich stärker gewesen ist, als in der Bundesrepublik Deutschland, daß die währungsbedingte Preisänderungsrate seit 1969 für die Bundesrepublik Deutschland bei minus 15 v. H. während sie z. B. für Italien bei plus 75 v. H. liegt?

51. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die im Milchgesetz vom 31. Juli 1930 vorgeschriebene Erlaubnis zur Abgabe von Milch noch heute für erforderlich, und wenn ja, aus welchen Gründen – auch dann, wenn es sich um Unternehmen des Lebensmittelhandels handelt, die lediglich abgepackte Milch in Kühltruhen anbieten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

52. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der Unruhe entgegenzuwirken, die durch das Inkrafttreten des § 371 RVO neuer Fassung am 1. Januar 1978 bei vielen Krankenhausträgern und Ärzten entstanden ist, und trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, den § 371 RVO in absehbarer Zeit neuerdings zu ändern?

53. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die gesetzlichen Krankenkassen und deren Aufsichtsbehörden in den Ländern beim Vollzug des § 371 RVO neuer Fassung vor erhebliche rechtliche und politische Schwierigkeiten gestellt sind, und wenn ja, wie will sie dieser Auffassung Rechnung tragen?

54. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die im Gutachten „Überlegungen zur Fortentwicklung der Agrarsozialen Sicherung" der Agrarsozialen Gesellschaft begründete Auffassung, daß die derzeitige Beitragserhebung für die landwirtschaftliche Krankenversicherung und die Altershilfe dazu führt, daß die meist

im Süden liegenden kleineren Betriebe mit geringerem Einkommen wesentlich stärker belastet werden als die meist in Norddeutschland liegenden größeren Betriebe, und hält die Bundesregierung deshalb die Beitragserhebung im Sinne eines größeren Solidarausgleichs für änderungsbedürftig?

55. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den im Gutachten entwickelten Vorschlag, das Standardbetriebseinkommen als einheitliche Bemessungsgrundlage für alle drei Zweige der agrarsozialen Sicherung zugrundezulegen, und welche Folgerungen wird sie aus ihrem Urteil ziehen?

56. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe als Solidarbeitrag für eine Möglichkeit, zur Verbesserung der Finanzsituation der Bundesanstalt für Arbeit beizutragen, und wenn ja, wird sie entsprechende Maßnahmen ergreifen?

57. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele ausländische Krankenschwestern – insbesondere asiatische – zur Zeit noch in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten bzw. wie viele in der nächsten Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren werden, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um diesen Rückkehrern die Wiedereingliederung in ihren Heimatländern zu erleichtern?

58. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Macht sich die Bundesregierung die Auffassung des Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff zur Frage der Aussperrung zu eigen, wie er sie in einem Gespräch mit dem „Handelsblatt" am 29. März 1978 geführt hat, und ist sie demnach der Auffassung, daß die praktizierte Aussperrung durch die Arbeitgeber mit der Verfassung im Einklang steht?

59. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, sich gegebenenfalls einer Initiative zur Anrufung des Bundesverfassungsgerichts in der Frage der Aussperrung anzuschließen?

60. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß für Arbeitnehmer während der Zeit, in der sie durch die Bundesanstalt für Arbeit umgeschult werden, keine Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, und wird die Bundesregierung Initiativen zur Beseitigung dieses Zustands ergreifen?

61. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in den einzelnen Bundesländern in vermehrtem Umfang dazu übergegangen wird, ausländische Krankenschwestern, insbesondere aus Südkorea, Indonesien, Indien und Thailand zu kündigen, um damit den Prozeß der Rückführung in ihre Heimatländer einzuleiten, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung gegebenenfalls, sich für das Verbleiben der Krankenschwestern einzusetzen, nachdem vor Jahren mit nicht unerheblichen Mitteln und Versprechen eines möglichen Verbleibens in der Bundesrepublik Deutschland diese Kräfte angeworben worden sind?

62. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung den Standpunkt von Bundesminister Graf Lambsdorff, daß die Aussperrung als Mittel des Arbeitskampfs gerechtfertigt sei, d. h. unserer staatlichen Rechtsordnung entspreche, und ist die Bundesregierung bereit, den Bundeswirtschaftsminister gegen die massive Kritik seitens des DGB und der SPD-Führungsspitze in Schutz zu nehmen?

63. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß die Mitwirkung von Jugendlichen in kulturellen Vereinigungen wie Musikzügen, Chören und Trachtengruppen dann als arbeitnehmerähnliche Leistung angesehen wird, wenn eine derartige Gruppe im Rahmen freundschaftlicher Beziehungen bei einem anderen Verein unentgeltlich auftritt, mit der Folge, daß nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz Jugendliche nur dann mitwirken dürfen, wenn ihr Verein eine Ausnahmegenehmigung bei einer Gebühr von ca. 140 DM erhalten hat oder wenn die Wochenarbeitszeit dieser Jugendlichen einschließlich derartiger Veranstaltungen weder 40 Stunden noch die Fünftagewoche überschreitet?

64. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, unverzüglich eine Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes in der Richtung zu betreiben, daß eine freiwillig gewählte Hobby- und Freizeitbeschäftigung in einem kulturellen und sportlichen Verein wenigstens dann ohne derartige Beschränkungen möglich wird, wenn ein Verein oder eine Gruppe unentgeltlich und im Rahmen freundschaftlicher Beziehungen auftritt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

65. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Welche militärische Bedeutung mißt die Bundesregierung den sogenannten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse" in der DDR bei?

66. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung gegenwärtig die Stärke der Kampfgruppen in der DDR, und über welche Ausrüstung verfügen sie?

67. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Werden bei den Verhandlungen über ausgewogene und gleichzeitige Truppenreduzierung (MBFR) in Wien die Kampfgruppen der DDR bei der Feststellung der militärischen Stärkeverhältnisse mitgezählt?

68. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Fähigkeit der Kampfgruppen in der DDR, bei militärischer Konfrontation als Flankenschutz militärische Aufgaben zu übernehmen?

69. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Besteht durch die betriebsspezifische Ausbildung der Kampfgruppen die theoretische Möglichkeit ihres Einsatzes in vergleichbaren Objekten außerhalb der DDR?

70. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Gibt es Erkenntnisse über die Teilnahme von Kampfgruppen an Manövern der Staaten des Warschauer Pakts?

71. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Betrachtet die Bundesregierung die Kampfgruppen als territoriale Verteidigung der DDR?

72. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Wieviel Panzer welchen Typs stehen den Kampfgruppen in der DDR zur Verfügung?

73. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es sich bei den Kampfgruppen um eine Parteiarmee des SED handelt?

74. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Bedeutung haben die Kampfgruppen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung auf Grund ihrer straffen Organisation und ideologischen Schulung für die Stabilisierung des politischen Systems in der DDR?

75. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche ideologische Schulung erhalten die Mitglieder der Kampfgruppen, und gehört dazu auch die Erziehung zum Haß gegen den „Klassenfeind" in der Bundesrepublik Deutschland?

76. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Welche Privilegien haben die Angehörigen der Kampfgruppen gegenüber anderen Bürgern der DDR z. B. hinsichtlich bevorzugter Ferienplätze, schnellerer Zuteilung von Neubauwohnungen und bei ihrer Alterssicherung?

77. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung dazu bewogen, das seit 1965 erfolgreich praktizierte Verfahren der Ausbildung Ungedienter in fünf Wehrübungen zum Reserveoffizier einzustellen, und glaubt die Bundesregierung, auf das Interesse des von diesem Programm angesprochenen Personenkreises zukünftig verzichten zu können?

78. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Welche „zwei oder drei Fälle" spricht der Bundeskanzler in seinem Interview in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Quick" an, die ihm in jüngerer Zeit bekannt geworden seien, in denen ganz offensichtlich Organe des Staats Gespräche mitgehört haben, die nach dem geltenden Recht nicht hätten mitgehört werden dürfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

79. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wie hat sich die Erosion unterhalb der Rheinstaustufe Iffezheim seit ihrer Inbetriebnahme entwickelt, und hat die Bundesregierung veranlaßt, daß Maßnahmen zur Verhinderung dieser Erosion, wie beispielsweise Geschiebezugabe, ergriffen werden?

80. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wenn Maßnahmen zur Verhinderung der Erosion unterhalb der Rheinstaustufe Iffezheim bisher noch nicht ergriffen wurden, wann gedenkt die Bundesregierung, solche Maßnahmen zu ergreifen, und welche Möglichkeiten erscheinen ihr hierbei als besonders geeignet?

81. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Wird die Bundesregierung sich in den zuständigen internationalen Gremien dafür einsetzen, daß die Sicherheitsstandards für Tankschiffe erhöht werden?

82. Abgeordneter **Flämig** (SPD)	Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, um folgenschwere Tankerunfälle an den Küsten der Bundesrepublik Deutschland nach Möglichkeit zu verhindern?
83. Abgeordneter **Flämig** (SPD)	Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für angezeigt, um eine Verseuchung der Bundeswasserstraßen mit Öl aus Schiffen des Binnenverkehrs oder durch verbotswidrige Einleitung gefährlicher Flüssigkeiten in die Bundeswasserstraßen rechtzeitig zu entdecken und die Verursacher derartiger Umweltverschmutzungen zur Verantwortung zu ziehen?
84. Abgeordneter **Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)** (CDU/CSU)	Welche Konzeption hat die Bundesregierung bei ihrer Tarifgenehmigungspolitik im Nordatlantikluftlinienverkehr?
85. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)	Glaubt die Bundesregierung, die Interessen der Verkehrsnutzer angemessen zu vertreten, wenn sie sich gegen den Billigtarif von Pan-Am zwischen Berlin und New York zur Wehr setzt?
86. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)	Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der nicht abreißenden Kette von katastrophalen Öltankerunfällen, zuletzt des Öltankers „Amoco Cadiz" vor der bretonischen Küste, die Effektivität des nationalen wie auch internationalen Sicherheitsnetzes?
87. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)	Ist die Bundesregierung bereit, im Verein mit ihren Partnerländern in den Europäischen Gemeinschaften, der Nato, des Europarats und auch der OECD unverzüglich dahin gehend initiativ zu werden, daß Öltanker nur dann die 200-Seemeilen-Wirtschaftszone der in diesen internationalen Organisationen zusammengeschlossenen Ländern benutzen dürfen, wenn sie alle Vorschriften der einschlägigen internationalen Konventionen einhalten, und ist sie ferner bereit, mit Nachdruck national wie international darauf hinzuwirken, daß weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die Tanker sicherer zu machen, Schiffahrtswege besser zu regeln, die Lotsenpflicht zu erweitern und auch die Schlepperhilfe rechtlich besser zu organisieren?
88. Abgeordneter **Dr. Müller** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung das Problem der überalterten Oberinspektoren bei der Deutschen Bundespost bekannt, und was gedenkt sie zu tun, um eine Lösung herbeizuführen, damit im Vergleich zu anderen Verwaltungen des öffentlichen Dienstes Möglichkeiten geschaffen werden, die überalterten Postoberinspektoren zu Postamtmännern zu befördern?
89. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß der Verwaltungsdienst der Postämter Usingen und Oberursel zum 1. März 1979 nach Bad Homburg verlegt werden soll, und wenn ja, wieviel Arbeitsplätze gehen dadurch in Usingen und Oberursel jeweils und im einzelnen verloren?
90. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)	Welche Abteilungen im einzelnen sollen in Usingen und Oberursel aufgelöst werden, und wie wirkt sich dies auf die Situation des Personals und der Ruhestandsbeamten im Usinger Land und in Oberursel aus?

91. Abgeordneter **Jahn (Marburg)** (SPD)

Wie wird die Deutsche Bundespost bei der Umstellung des Fernmeldenetzes auf den Nahdienst den Erfordernissen Rechnung tragen, die sich aus der Gemeindeneugliederung in den Bundesländern ergeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

92. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Hat die Bundesregierung bereits eine abgestimmte Haltung zur Trassenführung der Autobahn Berlin – Hamburg zugunsten der Nord- oder der Südtrasse, und ist die Überschrift im „Spiegel" vom 13. März 1978 zutreffend, die heißt, „Bonn legt sich auf Nord-Route fest"?

93. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im „Spiegel" vom 13. März 1978 zitierten Argumente des Verkehrswissenschaftlers Prof. Manfred Manleitner zugunsten der Südtrasse, und auf welche Argumente stützt die Bundesregierung vorwiegend ihre Entscheidung?

94. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Ist die Bundesregierung in der Lage, eine Kostenübersicht über Investitions- und Folgekosten alternativ für die Nord- und Südtrasse der Autobahn Berlin – Hamburg vorzulegen einschließlich der zu zahlenden Transitgebühren, und wie sind die Multiplikationseffekte der Bauindustrie in der Bundesrepublik Deutschland bei den verschiedenen Trassenführungen zu beurteilen?

95. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Wird die Bundesregierung das Gutachten des niedersächsischen Verkehrsministeriums bei ihren Verhandlungen zugrundelegen, und gibt es ähnlich detaillierte Untersuchungen auch für die längere Streckenführung durch die DDR?

96. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Treffen die im „Spiegel" Nummer 10/78 von einem ehemaligen Sachbearbeiter in der Rechtsabteilung der Bonner Ständigen Vertretung in der DDR im einzelnen gegen die innerdeutschen politisch verantwortlichen Bürokraten erhobenen und beispielhaft belegten Vorwürfe der „Unfähigkeit und Ignoranz" zu, und was wird die Bundesregierung tun, um gegebenenfalls diese Mißstände abzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

97. Abgeordneter **Männing** (SPD)

Kann auch dann die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit spaltbarem Material als gesichert angesehen werden, wenn es zu keinem Kooperationsabkommen zwischen den USA und der Sowjetunion hinsichtlich der Fortsetzung der Anreicherung von amerikanischem Natururan durch die UdSSR kommen sollte?

98. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Vorbereitungen hat die Bundesregierung für die Weltwissenschafts- und Technologiekonferenz der UN getroffen, ist die inhaltliche Position bereits festgelegt, und welche Schwerpunkte will die Bundesregierung von sich aus dabei setzen?

99. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	Welche Auswirkungen auf ihr Entsorgungskonzept für Kernkraftwerke sieht die Bundesregierung auf Grund des am 10. April 1978 in Kraft tretenden Nonproliferation Act 1978 der Vereinigten Staaten?
100. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)	In welchem Umfang hat die Bundesregierung der niedersächsischen Landesregierung bei der Öffentlichkeitsarbeit für die friedliche Nutzung der Kernenergie in den letzten zwei Jahren geholfen?
101. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)	Welche Minister der Bundesregierung haben sich in öffentlichen Auftritten in den letzten zwei Jahren in Niedersachsen für die friedliche Nutzung der Kernenergie eingesetzt?
102. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung im Rahmen des nuklearen Entsorgungskonzepts am Standort Gorleben fest?
103. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Welche konkreten Schritte hat der Bundesforschungsminister unternommen, um die Bevölkerung in Gorleben und ganz Niedersachsen über die Bedeutung des Entsorgungszentrums zu unterrichten?
104. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)	Welche Finanzmittel, die im Rahmen des „Kernenergiedialogs" beim Bundesforschungsminister zur Verfügung stehen, sind bisher zur Aufklärung der Bevölkerung in Gorleben bereitgestellt worden?
105. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)	Warum setzt sich der Bundesforschungsminister nicht selbst bei Veranstaltungen in Gorleben für die friedliche Nutzung der Kernenergie und das Entsorgungszentrum ein?
106. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Welche Auswirkungen für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland hat der von Präsident Carter am 10. März 1978 unterzeichnete Nuclear Non-Proliferation Act?
107. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)	Wie lange könnten bei einem eventuellen Uranlieferungsstopp aus den USA als Folge des amerikanischen Non-Proliferationsgesetzes vom 10. März 1978 (Nuclear Non-Proliferation Act of 1978) die in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb befindlichen kerntechnischen Anlagen weiter betrieben werden, und sieht die Bundesregierung angesichts der neuen amerikanischen Haltung in der Frage der Nonproliferation die Notwendigkeit einer Korrektur der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms vom 14. Dezember 1977?
108. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)	Sieht die Bundesregierung in dem Nuclear Non-Proliferation Act of 1978 eine Brüskierung der Konferenz über die „Internationale Bewertung des nuklearen Brennstoffkreislaufs (INFCE)", und ist die Bundesregierung bereit, bei einem eventuell der deutschen Entsorgungskonzeption widersprechenden Ergebnis der INFCE-Konferenz ihre Entsorgungskonzeption aufzugeben?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

109. Abgeordneter **Luster** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der seit Jahren erkennbare und fortschreitende Bevölkerungsrückgang in Berlin (West) und ein weiteres Absinken unter die Zahl von zwei Millionen Einwohnern langfristig zu einer Existenzgefährdung des freien Berlin führen kann und wegen der historischen und aktuellen politischen Rolle Berlins für Deutschland verhindert werden muß, und wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung von Berlin (West) durch außergewöhnliche Maßnahmen des Bundes gefördert, diesbezügliche Vorschläge Berlins vorrangig unterstützt und weitere Maßnahmen der Länder koordiniert werden?
110. Abgeordneter **Luster** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der fortschreitende Bevölkerungsrückgang in Berlin (West) in seinem Ausmaß und in seinen Ursachen nicht mit der Bevölkerungsentwicklung anderer westdeutscher Großstädte vergleichbar und in seinen Wirkungen für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Stadt ungleich gefährlicher ist, und wird die Bundesregierung deshalb dafür Sorge tragen, daß die Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung von Berlin (West) durch Aufrechterhaltung eines Präferenzgefälles der Wirtschaftsförderung gegenüber anderen Regionen des Bundesgebiets unterstützt wird?
111. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)	Wie wird die Bundesregierung der Gefahr begegnen, daß der fortschreitende Bevölkerungsrückgang in Berlin (West) die Chancen der Stadt gefährdet, sich in der andauernden Ost-West-Auseinandersetzung gegenüber dem mit Vorrang und systematisch zur „Hauptstadt der DDR" ausgebauten östlichen Teil der Stadt als europäische Metropole zu behaupten?
112. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der fortschreitende Bevölkerungsrückgang in Berlin (West), der nicht nur gegenwärtig durch einen hohen Sterbeüberschuß, sondern langfristig auch durch einen starken Rückgang der Zahl der Kinder und Jugendlichen bestimmt wird, über die Zuzugswerbung hinausgehende und auch von der Bundesregierung zu treffende Maßnahmen erfordert, und was gedenkt die Bundesregierung insoweit zu veranlassen?
113. Abgeordnete **Frau Pieser** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß die zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung von Berlin (West) notwendigen Kenntnisse von der Wirkung familienpolitischer Maßnahmen, beispielsweise der besonderen Förderung der Zwei- und Dreikinderfamilie beim Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, umgehend beschafft und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden?
114. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß die Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung von Berlin (West) u. a. auch durch ein stärkeres Engagement des Bundes auf wirtschaftlichem Gebiet und die davon ausgehende Signalwirkung auf die private Wirtschaft positiv beeinflußt wird?

115.	Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß die Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung von Berlin (West) durch die anhaltende Anteilnahme der deutschen und internationalen Öffentlichkeit an den Problemen der Stadt und deren Bereitschaft zur Unterstützung Berlins gefördert wird?
116.	Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)	Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß der fortschreitende Bevölkerungsrückgang in Berlin (West), der durch einen erheblichen Wanderungsverlust mit herbeigeführt wird, auch in engem Zusammenhang mit dem im Vergleich zu anderen Großstädten qualitativ unzureichenden Wohnungsangebot steht?
117.	Abgeordneter **Dr. Pfennig** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß die Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung von Berlin (West), insbesondere hinsichtlich der Steigerung der Zuwandererzahlen, dadurch erleichtert wird, daß z. B. die finanziellen Voraussetzungen für die Beibehaltung der Neubautätigkeit, die Beschleunigung der Sanierung und für die Ausweitung der Modernisierung, insgesamt für die Bereitstellung von mehr und preisgünstigen familiengerechten Wohnungen geschaffen werden?
118.	Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	Hat Bundeskanzler Schmidt in seinen Dank an Österreichs Bundeskanzler Kreisky auch die Formulierung „für eine glückliche Zukunft des Volks der Deutschen Demokratischen Republik" einbezogen oder sich dazu kritisch geäußert?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

119.	Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Flugzeugunglück in Zagreb Auskunft darüber geben, wann mit dem rechtskräftigen Abschluß des Strafverfahrens gegen den Hauptangeklagten der Bezirksflugkontrolle Zagreb gerechnet werden kann, zumal dies für die Klärung der Schadensersatzansprüche wichtig ist?
120.	Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung den Zeitpunkt für gekommen, die Frage der Errichtung und Betreuung von Soldatenfriedhöfen mit den ost- und südosteuropäischen Staaten zu regeln?
121.	Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen ist die Bundesregierung bereit, diesbezüglich zu treffen, und mit welchem Zeitraum rechnet sie bis zum Abschluß der Regelung?
122.	Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)	Trifft die Meldung der Rhein-Zeitung vom 16. März 1978 zu, daß das Auswärtige Amt einer Schülerin aus Simmern ein 4 Wochen-Stipendium für eine Südafrikareise gewährt, und wie ist dies gegebenenfalls angesichts der politischen Lage in der Republik Südafrika zu rechtfertigen?
123.	Abgeordneter **Männing** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten des deutsch-brasilianischen Reaktorabkommens nach Inkrafttreten des neuen amerikanischen „Anti-Proliferationsgesetzes", das Bedingungen festgelegt hat, die den Zugang von Nicht-Kernwaffen-Staaten zur sensitiven nuklearen Technologie erheblich einschränken?

124. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die polnische Regierung deutschen Staatsangehörigen aus Ostdeutschland jenseits von Oder/Neiße, die nun in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, die Einreise zu Besuchen bei zurückgebliebenen engsten Angehörigen in Oberschlesien verweigert, weil beim Visumantrag wegen doppelter Staatsbürgerschaft im Personalausweis die Angabe des Geburtsorts nicht nach der polnischen Ortsbezeichnung sondern nach der alten deutschen Bezeichnung erfolgte, und welche Folgerungen wird sie gegebenenfalls daraus ziehen?
125. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Entlassung aus der polnischen Staatsbürgerschaft für deutsche Staatsbürger (bei Doppelstaatsbürgerschaft) nur dann erfolgt, wenn der bundesdeutsche Personalausweis mit polnischen Geburtsortsangaben zusätzlich beim Visumantrag vorgelegt wird, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Maßnahmen zu unternehmen?
126. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Gefangene, unter denen sich auch Deutsche befinden sollen, die Pressemitteilungen zufolge in Gefängnissen der Volksrepublik Mocambique festgehalten werden, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls gerade im Hinblick auf die Menschenrechte unternehmen, um das Schicksal dieser Gefangenen aufzuklären und ihnen gegebenenfalls zur Freiheit zu verhelfen?
127. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)	Treffen die publizierten Äußerungen des Präsidenten der sozialistischen Republik Rumänien, Ceausescu, vor dem Plenum des ungarischen und deutschen Arbeitervolkrats am 15. März 1978 zu, in denen unter anderem er zur Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland entschlossene Deutsche neben anderen Beleidigungen als „schwache, moralisch entartete Elemente" bezeichnet, „die geradewegs in das feindliche Lager überwechseln und mit Verachtung gestraft werden müssen", zu, und wenn ja, wie wird die Bundesregierung darauf reagieren?
128. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung diese Angriffe gegebenenfalls mit der gemeinsamen Erklärung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der sozialistischen Republik Rumänien vom 7. Januar 1978 vereinbar, wonach „humanitäre Fragen im Bereich der Familienzusammenführung und der Eheschließungen zwischen Bürgern beider Länder auf der Grundlage der in bilateralen und internationalen Dokumenten bekräftigten Absichten weiterhin wohlwollend behandelt werden sollen"?
129. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Behauptung des polnischen Chefredakteurs Wojna durch Tatsachen begründet, wonach der letzte Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in Warschau dazu entscheidend beigetragen hat, „den gemeinsamen Nenner" der Bundesrepublik Deutschland mit den kommunistisch regierten Ländern, insbesondere bezüglich der Abrüstung in Mitteleuropa, der Salt II, der Zusammenarbeit in der Dritten Welt „zu erweitern" (Polnische Woche 6/1978, Seite 8), und wenn ja, worauf bezog sich in diesen Bereichen die „Erweiterung des gemeinsamen Nenners" mit dem Ostblock?

130. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche politische Bedeutung für die Realitäten des deutsch-polnischen Kulturaustausches mißt die Bundesregierung der völlig unbegründeten Vergeltungsmaßnahme (Persona non grata – Erklärung) ausgerechnet gegen den Kulturattaché der deutschen Botschaft in Warschau bei, und wird damit nicht ein unzulässiger und für den Kulturaustausch bedenklicher Bogen zwischen sicherheitsgefährdender Agententätigkeit und kultureller Begegnung geschlagen?

131. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Wie viele Deutschstämmige bzw. deutsche Staatsbürger, die in SWA/Namibia lebten, haben nach Kenntnis der Bundesregierung das Land seit der Verabschiedung der UN-Resolution 385 am 30. Januar 1976 verlassen?

132. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung den Einreiseantrag des chilenischen KP-Generalsekretärs Luis Corvalan, der im Mai an einem sogenannten Jugendfestival von SDAJ und MSB-Spartakus in Dortmund teilnehmen will, ebenso ablehnen, wie sie das wiederholt bei den Einreiseanträgen des belgischen Trotzkisten Ernest Mandel getan hat, oder welche Gründe sieht sie gegebenenfalls für ein anderes Verhalten?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

War der in den einstweiligen Ruhestand versetzte Ministerialdirektor Werner Müller vom Bundespresse- und Informationsamt Mitglied bzw. Informationsempfänger des Krisenstabs anläßlich der Entführungsfälle im Herbst 1977?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen – der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte – im Bewußtsein der Bürger weniger berücksichtigt werden als die – rechtlich nicht verpflichtenden – Vereinbarungen der KSZE-Schlußakte, und sieht sich die Bundesregierung in der Lage, aus der völkerrechtlichen unverbindlichen Vereinbarung der Helsinki-Schlußakte einerseits und des rechtsverpflichtenden Charakters der beiden Weltpakte andererseits Schlüsse zu ziehen, bei den Versuchen, konkrete Fälle der Rechtsverletzung zu lösen?

3. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Ist es der Bundesregierung bekannt, daß lange vor der allgemeinen Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion jungen deutschen Kriegsgefangenen von den Sowjets angeboten worden ist, in die „sowjetische Freiheit" entlassen zu werden, wenn sie sich verpflichteten, als Arbeitskräfte in der Sowjetunion zu bleiben, und befinden sich nach Kenntnis der Bundesregierung solche ehemaligen Kriegsgefangenen noch in der Sowjetunion?

4. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Ist der Bundesregierung die detaillierte Stellungnahme des Landkreises Soltau-Fallingbostel zum Bericht der Bundesregierung vom 5. April 1977, die Auswirkungen des Soltau-Lüneburg-Abkommens betreffend, vom 27. Februar 1978 bekannt, und wenn ja, wie wird sie die Anregungen und Vorschläge des Landkreises Soltau-Fallingbostel berücksichtigen?

5. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

War Staatsminister Dr. von Dohnanyi als Begleiter des SPD-Vorsitzenden Brandt während dessen Urlaub in Ungarn vom Auswärtigen Amt beurlaubt, oder hatte er den SPD-Vorsitzenden in seiner amtlichen Eigenschaft begleitet?

6. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung jene Fälle angeblich erzwungener und durch deutsche Behörden angeblich rechtswidrig unterstützter Familientrennung bekannt, die in „Zycie Warszawy" vom 9. März 1978 behandelt werden (vgl. BPA/Ostinformation vom 10. März 1978, Seite 5), haben dabei deutsche Behörden gegen den freien Willen von Ehegatten gehandelt bzw. gebotene amtliche Hilfe unterlassen?

7. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wann hat das Auswärtige Amt die schriftliche Urteilsbegründung der Entscheidung vom 2. November 1977 im Spionageprozeß Berger erhalten, nachdem nach § 275 der Strafprozeßordnung dafür Fristen einzuhalten sind und das Auswärtige Amt aus politischen und dienstrechtlichen Gesichtspunkten an dem Urteil über eine langjährige Angehörige des Auswärtigen Amts ein besonderes Interesse hatte?

8. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten gegen die Neutronenwaffe sei vor allem darauf zurückzuführen, daß die europäischen Natopartner, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, nicht bereit gewesen seien, bereits jetzt eine Zusage für die spätere Stationierung dieser Abwehrwaffe auf ihrem Territorium zu geben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter **Luster** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung grundsätzlich wegen der zunehmenden Verwendung des Kürzels „BRD" für „Bundesrepublik Deutschland" Initiativen zugunsten einer anderen Abkürzung ergreifen, und wird sie dafür sorgen, daß in Texten von Verwaltungen in Bund, Ländern und Gemeinden sowie Körperschaften und Bundesbehörden die Abkürzung „BRD" nicht weiter verwendet wird?

10. Abgeordneter **Luster** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung für den Fall der Notwendigkeit der Verwendung eines Kürzels für die Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland" – z. B. bei Tabellen und ähnlichem – ein einheitlich verwendbares Kürzel festgelegt, das nicht „BRD" lautet, und hat die Bundesregierung die entsprechenden Richtlinien gegenüber den eigenen Behörden und dringende Empfehlungen gegenüber den Behörden der Länder und Gemeinden zur Verwendung eines solchen Kürzels veranlaßt?

11. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß zur Zeit im Durchschnitt nur ca. 400 Beamte des Bundesgrenzschutzes im Grenzdienst an der Demarkationslinie eingesetzt sind?

12. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß mit dieser großen Einschränkung des Grenzdienstes die wirkliche Aufgabenstellung des Bundesgrenzschutzes im Kern verändert worden ist?

13. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ob und wann ist damit zu rechnen, daß in Zukunft bei gemeinsamen Großeinsätzen von Polizei- und Bundesgrenzschutzeinheiten die gleiche Vergütung erfolgt, und wann ist mit einem grundlegenden Erlaß in dieser Frage zu rechnen?

14.	Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Wird der Bundesgrenzschutz in Zukunft bei Großeinsätzen den gleichen Verpflegungssatz erhalten wie die Polizeieinheiten?
15.	Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)	Gibt es Überlegungen, aus hygienischen Gründen das Einsammeln und die Beseitigung von medizinischem Abfall und Pharmaabfällen aus Krankenhäusern, Arztpraxen, Altenpflegeheimen usw. getrennt vom Einsammeln und Beseitigen von kommunalem Haushaltsmüll zu betreiben?
16.	Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Wie beurteilt das Bundesinnenministerium die in der letzten Zeit deutlich erkennbar gewordenen erheblichen Steigerungen der Ablösesummen für Lizenzspieler des Deutschen Fußballbunds, und hält sie diese – wie der Lizenzspieler Paul Breitner – für grundgesetzwidrig?
17.	Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Ist der Bundesregierung das in der Zeitschrift „Sport" (Nr. 1/78, Seite 49) veröffentlichte Prämiensystem des Deutschen Ski-Verbands bekannt, und wie beurteilt sie die unterschiedlichen Siegprämien für Damen und Herren?
18.	Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)	Wann gedenkt die Bundesregierung, die Anpassung der Beihilfevorschriften für Beamte hinsichtlich der Rehabilitationsmaßnahmen vorzunehmen, die sich aus dem 20. Rentenanpassungsgesetz ergeben, das bereits am 1. Juli 1977 in Kraft getreten ist?
19.	Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)	Wie gedenkt die Bundesregierung, den Betroffenen zu helfen, die einerseits nach dem 20. Rentenanpassungsgesetz keinen Anspruch mehr auf Finanzierung einer Rehabilitationsmaßnahme durch die Rentenversicherungsträger und andererseits auch keinen Anspruch auf Leistungen aus Beihilfevorschriften für Beamte haben?
20.	Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)	Sind der Bundesregierung die in der Tagespresse veröffentlichten statistischen und in Diagrammen dargestellten Untersuchungsergebnisse der Kommission der Europäischen Gemeinschaft über die künftige Bevölkerungsentwicklung der großen Mitgliedsländer der EG bekannt, nach denen in anderen großen Ländern von 1976 bis 1990 ein erheblicher Bevölkerungszuwachs verzeichnet wird (Frankreich von 52,7 auf 56,9 Millionen, Großbritannien von 56,0 auf 58,2 Millionen und Italien von 56,1 auf 58,9 Millionen Einwohner), während für die Bundesrepublik Deutschland, in diametral entgegengesetzter Richtung, ein Bevölkerungsrückgang von 61,5 auf 54,8 Millionen Einwohner ermittelt wurde, und hat die Bundesregierung Überlegungen angestellt, wie sich diese vorausgesagte absolute Bevölkerungsverringerung auf die zukünftige Gesetzgebung, die gesamte Politik in der Exekutive und auf die Lage der Nation insgesamt auswirken könnte?
21.	Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)	Wie gedenkt die Bundesregierung, dieser für die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland einschneidenden Entwicklung zu begegnen?

22. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

In welchem Umfang besteht zwischen der Bundesrepublik Deutschland – bzw. dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland als Ausrichter der XX. Olympischen Sommerspiele 1972 in München und Kiel – und den Organisatoren der UdSSR für die Ausrichtung der XXII. Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau und der estnischen Hauptstadt Tallinn ein Erfahrungsaustausch, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Zusammenarbeit?

23. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Ausmaß Unternehmen aus dem Bundesgebiet und Berlin (West) an der Errichtung von Bauprojekten und Einrichtungen für die XXII. Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau und Tallinn – auch als Folge der im September 1976 in Moskau stattgefundenen internationalen Ausstellung „Technik für Olympische Spiele" – bisher beteiligt sind oder noch beteiligt werden?

24. Abgeordneter **Westphal** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des eben erschienenen Verfassungsschutzberichts 1977 der Landesregierung Baden-Württemberg zu Aktivitäten politisch extremer Ausländer in der es u. a. heißt, „. . . wird der Ausbau bereits bestehender ‚Al Fatah'-Zellen getarnt weiterbetrieben. Die unveränderte Konzentration dieser Kräfte auf den ‚zionistischen Hauptfeind' und ihre beweisbare Zusammenarbeit mit internationalen – unter anderem deutschen – Terroristen lassen die Gefahr von Gewaltakten, begangen von palästinensischen Terrororganisationen, fortbestehen"?

25. Abgeordneter **Westphal** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß der Zeitpunkt des Eingreifens der Organe unseres Staats zum Schutze seiner Bürger gekommen ist, um die im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg dargestellte Gefahr zu beseitigen, wenn es – wie es dort heißt – „beweisbare Zusammenarbeit" mit deutschen und internationalen Terroristen gibt?

26. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wie wird sich die Bundesregierung künftig gegenüber Anträgen von Beamten, einen Teil der Grundvergütung als Beiträge zu einer Direktversicherung zu leisten (vgl. Abschnitt 96 Abs. 2 Sätze 1 und 2 der Lohnsteuer-Richtlinien 1978), verhalten, nachdem sie es dem Beamten freigestellt hat, für den Fall seines Todes eine zusätzliche Hinterbliebenenversorgung zu schaffen (vgl. Plenarprotokoll der 81. Sitzung des Deutschen Bundestages, Seite 6451)?

27. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wie werden entsprechende Anträge von Arbeitern oder Angestellten im öffentlichen Dienst behandelt?

28. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Wie ernst nimmt die Bundesregierung die auf der Veranstaltung der Gewerkschaft der Polizei in Köln geäußerten Erfahrungswerte über Kriminalität in Hochhäusern und Wohntürmen, besonders über das Anwachsen der Kinder- und Jugendkriminalität in solchen Gebäuden, welche Schlüsse zieht sie daraus, und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, diesem gefährlichen Trend entgegenzuwirken?

29. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Bis wann liegt der von der Bundesregierung dem Lenkungsausschuß der Notgemeinschaft Flugplatz Pferdsfeld bis Dezember 1977 zugesagte Bericht zur Durchführung des Fluglärmgesetzes vor, und was waren die Gründe für die Verzögerung?

30. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung signifikante Unterschiede in der Sicherheit zwischen dem Siedewasserreaktor und dem Druckwasserreaktor, sind gegebenenfalls diese ursächlich für das Einstellen der Siedewasserlinie, und welche zusätzlichen Auflagen sind – im Lichte bisheriger Störfälle bei Siedewasserreaktoren – bei den noch abzuwickelnden Genehmigungsverfahren der Siedewasserreaktoren gemacht worden?

31. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Wird die P 225 insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt?

32. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist dem Bundeskriminalamt bekannt, ob bei einem Sympathisanten der Terroristenszene Unterlagen über die Baupläne und Sicherheitseinrichtungen für den Neubau des Aachener Polizeipräsidiums vorgelegen haben, und welche Konsequenzen werden gegebenenfalls aus diesem Umstand für die innere Sicherheit gezogen?

33. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Inwieweit ist die Zollverwaltung, insbesondere der Grenzzolldienst sowie die Zollfahndung, in die Fahndung nach den Entführern von Dr. Hanns Martin Schleyer einbezogen worden, und kann man generell bestimmte Dienstzweige des Zolls als Organ der inneren Sicherheit ansehen?

34. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis einer Untersuchung des Instituts für Kriminalwissenschaften an der Universität Münster, in der der Psychologe und Kriminologe Professor Dr. Hans J. Schneider und seine Mitarbeiter feststellen, daß das deutsche Fernsehen seinem Publikum ein weitgehend unzutreffendes Bild der tatsächlichen Kriminalität präsentiert, und besteht tatsächlich die Gefahr, daß der Zuschauer „sein Augenmerk auf die falsche Deliktsart richtet, so daß er eher ein Opfer wirklicher Kriminalität zu werden vermag“, und welche Möglichkeiten sieht gegebenenfalls die Bundesregierung, auf diese Entwicklung in der Weise einzuwirken, daß die „wirkliche Kriminalität“ mit den Möglichkeiten des Fernsehens wirkungsvoller bekämpft werden kann?

35. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ergreift die Bundesregierung Maßnahmen, um die Auswirkungen einer eventuellen Einführung der Patrone mit der Bezeichnung 30.06 „Accelerator“ zu verhindern?

36. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß durch das von der Druck- und Verlagsgesellschaft Plambeck & Co., Neuss, verlegte und bei der Heska-Druck GmbH. Hainburg hergestellte, jeweils zu den Leipziger Messen herausgegebene „Messe-Magazin International“, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) erhebliche finanzielle Mittel vor allem durch die zahlreichen teuren Anzeigen in diesem „Messe-Magazin“ zufließen, und wie hoch schätzt die Bundesregierung diese Mittel?

37.	Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Sind der Bundesregierung Einzelheiten über die Methoden der Anzeigenbeschaffung für das „Messe-Magazin International" bekannt, und was hat die Bundesregierung bisher getan bzw. was gedenkt sie zu tun, um Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland über die Hintergründe dieses „Messe-Magazins" zu informieren, um sie vor einer indirekten Finanzierung der DKP durch Anzeigenaufträge für das „Messe-Magazin International" zu warnen?
38.	Abgeordneter **Gansel** (SPD)	In welchem Umfang wird durch Dienststellen der Bundesregierung Papier, insbesondere für Formularvordrucke, verwandt, das durch recycling-Verfahren aus Altpapier hergestellt worden ist, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Verwendung solchen Papiers zu fördern?
39.	Abgeordneter **Schreiber** (SPD)	Treffen Presseberichte zu, denenzufolge der Verfassungsschutz Mitarbeiter in privaten Betrieben überprüft und seine Erkenntnisse an die jeweiligen Personalabteilungen weitergibt, und zwar auch in solchen Firmen, die keine „lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen" im Sinne des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes sind?
40.	Abgeordneter **Schreiber** (SPD)	Existiert im Bundeswirtschaftsministerium eine Liste, in der alle Firmen aufgeführt sind, für die der Verfassungsschutz tätig werden darf, und kann die Bundesregierung gegebenenfalls ausschließen, daß auch Privatfirmen, die nicht auf dieser Liste stehen, auf Anforderung Unterlagen des Verfassungsschutzes erhalten?
41.	Abgeordneter **Krockert** (SPD)	Wie stellt sich nach Abschluß aller Gesetzgebungsverfahren zur Europawahl das Wahlrecht für EG-Ausländer dar, die sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, und welche Vorbereitungen müssen auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland getroffen werden, damit sie ihr Wahlrecht wahrnehmen können?
42.	Abgeordneter **Krockert** (SPD)	Auf welche Weise werden Deutsche mit Wohnsitz in einem anderen EG-Mitgliedsland ihr Europawahlrecht ausüben können?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

43.	Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)	Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß bis zum Ende der Verjährungsfrist am 31. Dezember 1979 alle noch möglichen NS-Prozesse beginnen können, und wieviel NS-Prozesse dürften noch zu erwarten sein?
44.	Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)	Ist die Bundesregierung bereit, auf die Landesjustizverwaltungen einzuwirken mit dem Ziel, noch mögliche NS-Prozesse beschleunigt einzuleiten?

45. Abgeordneter **Gattermann** (FDP)

Denkt die Bundesregierung daran, die verfahrensrechtlichen Bestimmungen, nach denen fristgebundene Rechtsbehelfe innerhalb der Frist dem Adressaten zugegangen sein müssen, im Interesse der Rechtssuchenden und zur Entlastung der Gerichte dahin gehend zu ändern, daß zur Fristwahrung die Aufgabe der Rechtsbehelfsschrift per eingeschriebenem Brief bei einem deutschen Postamt ausreicht?

46. Abgeordneter **Gattermann** (FDP)

Hält die Bundesregierung den Gebührenermäßigungssatz des § 144 Abs. 3 der Kostenordnung von 80 v. H. für die Beurkundung bestimmter kostenprivilegierter Rechtsgeschäfte und Beurkundungsgeschäfte mit Vertragsbeteiligten, die persönliche Gebührenfreiheit genießen, noch für angemessen, nachdem der verbleibende Gebührenanteil von 20 v. H. der Kostendeckung dienen soll, der Kostensatz zwischenzeitlich aber ca. 50 v. H. und darüber beträgt?

47. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen, daß die materielle und seelische Notlage, in die Unfallopfer geraten, dazu ausgenutzt wird, sie sogenannte gütliche Abfindungserklärungen unterzeichnen zu lassen, obwohl sie ihren Zukunftsschaden weder kennen noch ermessen können?

48. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Rehabilitationskosten, die auf den Geschädigten von der Haftpflichtversicherung des Schädigers abgewälzt wurden, in der Regel öffentlichen Institutionen wie der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), der Landesversicherungsanstalt (LVA), den Sozial- und Arbeitsämtern aufgebürdet werden, weil der Prozeß durch Gutachterwendungen wie „anlage-, altersschicksalsbedingt" oder „er hat keinen Dauerschaden erlitten, weil er eine sitzende Tätigkeit ausüben kann" oder „ein anderes Krankheitsbild hat sich dazwischengeschoben" zuungunsten des Geschädigten entschieden wird, und wenn ihr das bekannt ist, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

49. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Trifft es zu, daß die Wirksamkeit der Reform des § 218 StGB weitgehend dadurch vereitelt wird, daß kommunale und kirchlich getragene Krankenhäuser den als indiziert anerkannten Schwangerschaftsabbruch weitgehend ablehnen, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

50. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Gibt es Überlegungen der Bundesregierung, ein Unterlaufen der Reform des § 218 StGB dadurch zu verhindern, daß die Befugnisse der Beratungsstellen erweitert werden, indem ihnen außer der Feststellung der Indikation der Abbruch der Schwangerschaft ermöglicht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

51. Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, nach denen große Mengen unversteuerter Zigaretten sowie Alkohol in Fässern über die Transitstrecken von Berlin (West) in die Bundesrepublik Deutschland bzw. durch die Bundesrepublik Deutschland in

andere EG-Länder eingeschmuggelt werden, wobei die Zuladung der Schmuggelware jeweils in der DDR erfolgt, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

52. Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)

Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß sich die Grenzabfertigung der mit Schmuggelware beladenen LKW's seitens der DDR-Behörden bemerkenswert reibungslos und ohne die üblichen Kontrollen abspielt, und daß die DDR-Grenzorgane offenbar entsprechende Anweisungen erhalten, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

53. Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Aussagen von in Haft befindlichen Kraftfahrern bekannt, nach denen feststeht, daß die praktizierte Schmuggeltechnik nur darum reibungslos funktioniert, weil Stellen in der DDR eingeschaltet sind, die die kriminellen Vereinigungen wirkungsvoll unterstützen, z. B. durch Verschlußmanipulationen, Be- und Entladungen in DDR-Transitlagern und bevorzugte Abfertigung der Transporte durch die DDR-Grenzorgane, und wenn ja, was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um der offenkundigen Förderung krimineller Unternehmungen zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft durch die DDR entgegenzutreten, und was hat sie gegebenenfalls insbesondere gehindert, die Öffentlichkeit über diesen eklatanten Mißbrauch der Transitwege durch die DDR zu unterrichten?

54. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Müßte nicht angesichts der vom Bonner Städtebauinstitut angegebenen Zahlen eine bessere steuerliche Behandlung der Eigentumsmaßnahmen, besonders eine Änderung der Bestimmungen erfolgen, die in keiner Weise an die Entwicklung der Baukosten, besonders auch der Grundstückskosten, angepaßt worden sind?

55. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für erforderlich, daß den Finanzämtern Richtwerte an die Hand gegeben werden, damit sie bei der Bearbeitung von Anträgen auf steuerliche Anerkennung von Unterhaltsaufwendungen an im Ausland wohnende Personen eine klare Grundlage für die Beurteilung der Bedürftigkeitsfrage haben, und wann ist mit dem Vorliegen solcher Richtwerte zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

56. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Sieht die Bundesregierung in den steigenden Benzinpreisen bei währungsbedingt sinkenden Rohöleinstandspreisen ein Versagen des Wettbewerbs in dieser Branche, und beabsichtigt sie, hier Abhilfe zu schaffen?

57. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die EG in der unmittelbar vor der Verabschiedung stehenden vierten EG-Richtlinie bei der Bilanzierung der Unternehmen vorsieht, vom Nominalwertprinzip abzugehen und zur Erhaltung der Unternehmenssubstanz Neubewertungsrücklagen und Abschreibungen auf die Wiederbeschaffungswerte zuzulassen, und ist der Bundesregierung bekannt, daß dieses Verfahren in Italien und Frankreich heute schon zugelassen

und in Großbritannien vor der Aufnahme in die Steuervorschriften steht, und könnte die Bundesregierung sich nicht auch zu einem solchen Schritt entschließen, angesichts der Gefahr des weiteren Substanzverzehrs der deutschen Wirtschaft und der damit verbundenen Gefahr für die Arbeitsplätze?

58. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die EG-Partner Großbritannien, Frankreich und Italien sehr viel großzügigere Abschreibungsbedingungen haben bis hin zur Vollabschreibung im ersten Jahr, und damit ihrer Industrie Hilfestellung für Modernisierung und Strukturverbesserung geben, und wie stellt sich die Bundesregierung die Hilfe zur nötigen Strukturveränderung der deutschen Wirtschaft vor – angesichts der ständigen Beteuerungen der Bundesregierung, keine protektionistische Handelspolitik zuzulassen –, um ohne Protektionismus die Arbeitsplätze zu erhalten und für die heranwachsende Generation neue Arbeitsplätze zu ermöglichen, und wäre nicht die sofortige Vollabschreibung im Anschaffungsjahr ein marktwirtschaftlicher Weg zur Umstrukturierung?

59. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Marktzugang wesentlicher bzw. unverzichtbarer Bestandteil der Marktwirtschaft ist, und sieht die Bundesregierung den Marktzugang im Bereich der deutschen Erdgaswirtschaft gewährleistet?

60. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Beteiligung eines potentiellen weiteren Anbieters von Flüssigerdgas an der DFTG (Deutsche Flüssigerdgas Terminal Gesellschaft mbH) sowie gegebenenfalls (entgeltliche) Durchleitungsrechte für die von diesem weiteren Anbieter in Wilhelmshaven angelandeten Flüssigerdgasmengen wettbewerbs- und energiepolitisch erwünscht sind, und in welcher Weise hat die Bundesregierung sich bei den Gesellschaftern der DFTG und anderen in Betracht kommenden Seiten (u. a. die Regierung des Landes Niedersachsen) für diese Beteiligung und die Vereinbarung von Durchleitungsrechten eingesetzt?

61. Abgeordneter **Dr. Unland** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ verstärkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen hinzuwirken?

62. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wieviel ausländische Unternehmen und Niederlassungen mit wieviel Arbeitsplätzen und mit welchen Bundesfördermitteln haben sich seit 1969 im Zonenrandgebiet angesiedelt und wieviel außerhalb?

63. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie ist die regionale Verteilung der Fördermittel des Bundes auf Ballungsräume und Zonenrandgebiet (wobei die Fördermittel für das VW-Werk getrennt ausgewiesen werden sollten), aufgegliedert nach Bundesländern und Jahren seit 1969?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

64. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Wie haben sich die Agrarimporte der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren entwickelt, und zwar bezogen auf die Mitgliedsländer der EG, die USA und Länder der sogenannten Dritten Welt?

65. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Welchen Rang nehmen die deutschen Agrarimporte innerhalb der EG und weltweit ein, und welche anderen wichtigen Industrieländer haben einen ähnlich hohen Agrarimport wie die Bundesrepublik Deutschland?

66. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Entsprechen Angaben der hessischen Verbraucherzentrale der Wahrheit, daß die Stempelaufdrucke auf Eierverpackungen falsche Datenangaben beinhalten, da „die Eierwoche des Eierkalenders um zehn Tage vorauseilt", und – wenn ja – welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um diese Irreführung am Käufer zu verhindern?

67. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung, eine Verordnung nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes zu erlassen, nachdem ein entsprechender Entwurf seit einem Jahr in der Prüfung ist und sich ein Ergebnis bezüglich des Schutzes von in der Bundesrepublik Deutschland nicht heimischen Arten (z. B. Einfuhrverbot für Jungrobbenfelle) nicht abzeichnet, so daß in der Öffentlichkeit der Vorwurf der Verschleppungstaktik erhoben wird, wie z. B. vom Freundeskreis der Franz Weber Stiftung e. V.?

68. Abgeordneter **Dr. van Aerssen** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß durch den Wegfall von Gebühren für Einfuhruntersuchungen von Geflügelfleisch und Fleisch von Haustieren im innergemeinschaftlichen Verkehr und im Drittland-Handelsverkehr, wie es vom Bundesverwaltungsgericht beschlossen wurde, eine Einschränkung der Untersuchungsbereitschaft droht und damit ein neues Handelshemmnis im Importverkehr geschaffen wird, und wenn ja, welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

69. Abgeordneter **Dr. van Aerssen** (CDU/CSU)

Welche Schritte wird die Bundesregierung in Abstimmung mit der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen unternehmen, um die unklare Sach- und Rechtslage, die zu Einschränkungen bei der Einfuhruntersuchung geführt hat, so schnell wie möglich zu beenden?

70. Abgeordneter **Dr. van Aerssen** (CDU/CSU)

Warum hat es die Bundesregierung zugelassen, daß es zu diesen Einschränkungen gekommen ist, obwohl die Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts absehbar waren?

71. Abgeordneter **Dr. van Aerssen** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in Abstimmung mit dem Land Nordrhein-Westfalen dafür Sorge zu tragen, daß den kommunalen Körperschaften, die die Einfuhruntersuchungen als Pflichtaufgaben nach Weisung erfüllen, die Übernahme der personellen und tatsächlichen Kosten garantiert wird, und wenn ja, bis wann wird die Bundesregierung die Landesregierung auffordern, eine solche Garantie auszusprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

72. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Arbeitsverwaltung die Eingehung eines Arbeitsverhältnisses als unzumutbar für den Arbeitsuchenden ansieht, wenn der Arbeitsplatz nicht binnen 60 Minuten von der Wohnung aus zu erreichen ist, und billigt – bejahendenfalls – die Bundesregierung diese Auslegung des Arbeitsförderungsgesetzes?
73. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)	Denkt die Bundesregierung daran, den § 23 Abs. 2 Nr. 1 des Jugendarbeitsschutzgesetzes entweder abzuschaffen oder genauer zu formulieren, da er in der Praxis bewirkt, daß der fachkundige Facharbeiter, dem ein Auszubildender zugeordnet wird, im Arbeitsgruppenverbund einem Lohnabzug unterliegt, worunter naturgemäß die Ausbildungsqualität leidet, oder gedenkt die Bundesregierung, andere Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl die rein auf Effizienz und gegen eine vernünftige Ausbildung bedachte Einstellung vieler Facharbeiter bei der jetzigen Regelung mildern als auch die verbreitete Ablehnung der Zuordnung von auszubildenden Jugendlichen unter Facharbeitern ausschließen?
74. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)	Trifft es zu, daß diejenigen Studenten und Schüler, die zeitweilig bei der Deutschen Bundespost Beschäftigung suchen, nicht nur ein polizeiliches Führungszeugnis vorweisen müssen, sondern darüberhinaus auch noch einer Überprüfung durch die politische Polizei unterzogen werden?
75. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung Informationen, wie lange in den Monaten Januar und Februar 1978 ein Arbeitsloser bei ordnungsgemäßer Antragstellung auf Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe durchschnittlich warten mußte bis er über die Leistung verfügen konnte, und in wieviel Fällen in diesen beiden Monaten Sozialämter in Vorleistung treten mußten?
76. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung eine zur Befreiung von der Rezeptgebühr führende Härte darin, daß eine mitversicherte Ehefrau zu 80 v. H. schwerbehindert und ständig auf Medikamente angewiesen ist, auch wenn der gesetzlich krankenversicherte Ehemann mehr als 845 DM monatlich verdient?
77. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zur Änderung der §§ 185 (häusliche Krankenpflege) und 376 b RVO, und welche Maßnahmen wird sie gegebenenfalls ergreifen?
78. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)	Stimmt die Bundesregierung mit der Kritik von Bundesminister Graf Lambsdorff an einer Gewerkschaftsforderung nach einer Einkommenssicherung in den Fällen überein, in denen Arbeitsplätze im Zusammenhang mit der Einführung elektronischer Hilfsmittel herabgestuft werden, und teilt sie das Bedauern des Bundesministers zur Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit, trotz des Arbeitskampfes in Baden-Württemberg als Folge von Drittwirkungen in anderen Tarifbezirken Leistungen zu gewähren, da dadurch möglicherweise die Pflicht zur Neutralität im Arbeitskampf verletzt werde?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

79. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)	Unter welchen konkreten Bedingungen und in welchem Umfang wird im Interesse eines bedarfsorientierten Altersaufbaus in den Streitkräften Anträgen von Berufsoffizieren der Geburtsjahrgänge 1935 bis 1944 entsprochen, ihr Dienstverhältnis rückwirkend vom Diensteintritt an in das eines Soldaten auf Zeit umzuwandeln?
80. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)	Trifft die laut Pressemeldung Anfang März von Ministerialdirektor Schmunk vom Bundesverteidigungsministerium auf einer SPD-Versammlung abgegebene Erklärung zu, die Bundesregierung bereite eine neue Regelung vor, bei der die Garnisonstädte für Grundstücke der Bundeswehr vom Bund Grundsteuer erhalten?
81. Abgeordnete **Frau Krohne-Appuhn** (CDU/CSU)	Wieviel Stunden sind nach dem GAP vom 1. Januar 1978 für die Schießausbildung der Truppe vorgesehen, wieviel Munition steht dafür zur Verfügung, und ist die bei der Truppe vorhandene Munition dafür ausreichend?
82. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 23. Februar 1978 (75. Sitzung) nach Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses – Sammelübersicht 18, Drucksache 8/1450 – zum Anlaß nehmen, den Erlaß des Generalinspekteurs zur letzten Bundestagswahl so zu ändern, daß zivile Bedienstete Pkw's mit Autoaufklebern von Parteien künftig auf einem Kasernengelände abstellen können, da nach dem Beschluß die gesetzliche Grundlage für ein Verbot unzureichend sei, oder welche Regelung soll gegebenenfalls für Soldaten, Zivilbedienstete oder zivile Kasernenbesucher bei Verwendung von Parteiaufklebern auf ihren privaten Pkw's im Kasernen- oder Dienstbereich der Bundeswehr auch unter Berücksichtigung der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 31. August 1977 gelten?
83. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung zur Verwirklichung der von der Wehrstrukturkommission erhobenen Forderung nach einem Wehrdienst- bzw. Zivildienstausgleich als finanziellen Beitrag der Grundwehrdienstpflichtigen, die nicht zum Dienst herangezogen werden, umgehend geeignete Schritte unternehmen?
84. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Wie will die Bundesregierung Patenschaften zwischen Gemeinden und Bundeswehreinheiten fördern mit dem Ziel, das Zusammenleben zwischen Bürgern und Soldaten zu pflegen und zu vertiefen, ohne den Wehrpflichtigen zu zwingen, hierfür private Mittel einzusetzen, und ist sie bereit, zur Unterhaltung der Patenschaften wenigstens den Einsatz von Dienstfahrzeugen zuzulassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

85. Abgeordneter **Eimer (Fürth)** (FDP)	Liegen der Bundesregierung genaue Zahlen über die Häufigkeit von Tropenkrankheiten vor?

86. Abgeordneter **Eimer (Fürth)** (FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, noch wirksamer über die erforderliche Profilaxe bei Auslandsreisen – insbesondere bei Urlaubern – zu informieren?

87. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie viele vollbeschäftigte Arbeitnehmer im Dezember 1977 einen Anspruch auf Sozialhilfe hatten, weil der Arbeitsverdienst nicht ausreichte, den notwendigen Lebensunterhalt zu beschaffen?

88. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Personen in der Bundesrepublik Deutschland an multipler Sklerose erkrankt sind, und ob eine Zu- oder Abnahme dieser Erkrankungen zu beobachten ist?

89. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)

Welche Ergebnisse hat die von der Bundesregierung geförderte Ursachenerforschung bisher erbracht?

90. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Existenz- und Behandlungsergebnisse jenes Teils der Krebsforschung und -therapie, die offiziell nicht sanktioniert und subventioniert wird, und beabsichtigt die Bundesregierung Maßnahmen, die den Zugang von Krebskranken zu diesem Teil der Krebstherapie erleichtern?

91. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland den in der Welt höchsten PCB-Spiegel in ihrem Blut aufweist (PCB = polychloriertes Biphenyl), und wenn ja, um welchen Giftstoff handelt es sich, und durch welche Substanzen gelangt er in das menschliche Blut, und wie kann dagegen vorgegangen werden?

92. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie sind die besonderen Bedürfnisse psychisch Kranker bei Bundesmeldegesetz, Krankenpflege- und Hebammengesetz, Bundeszentralregister- und Krankenhausfinanzierungsgesetz berücksichtigt, so daß einerseits eine wirkungsvolle Therapie erreicht, andererseits aber eine Diskriminierung des Kranken vermieden wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

93. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Ist die Äußerung der Bundesregierung in der Fragestunde vom 9. März 1978, der dreispurige Ausbau der E5/A4 zwischen Aachen und Köln habe keine Priorität, darauf zurückzuführen, daß in den letzten Jahren für diese Strecke keine Bedarfsanalysen erstellt worden sind, oder hat diese Äußerung einen Zusammenhang mit der Stellung des Wirtschaftsraums Aachen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur?

94. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Welche Verkehrsfrequenzen weist die E5/A4 in den Jahren 1973, 1974, 1975, 1976, 1977 auf, und ist die Bundesregierung der Meinung, daß auf Grund der täglich nachprüfbaren Belastungen durch Pendelverkehr und europäischen Schwerlastverkehr die Kapazität dieser Autobahn ihre Grenze erreicht hat?

95. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Haben die Regierungen der Länder Frankreich, Luxemburg, Belgien, Niederlande und Großbritannien in Gesprächen mit der Bundesregierung auf den Ausbau der E5/A4 als für sie wichtige internationale Achse zu den wichtigsten Industriezentren der Bundesrepublik Deutschland (Hamburg/Bremen, Ruhrgebiet und Rhein-Main-Gebiet) hingewiesen, und geht die Bundesregierung davon aus, daß der Schwerlastverkehr und der Personenverkehr auf dieser Autobahn weiterhin zunehmen werden, oder ist sie der Meinung, daß in Zukunft keine Steigerung des Verkehrsaufkommens auf dieser Autobahn anzunehmen ist?

96. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Welchen Einfluß hat die Aufschließung des Braunkohlentagebaus Hambacher Forst auf den Streckenverlauf der E5/A4, und welche Maßnahmen zum dreispurigen Ausbau wird die Bundesregierung bei einer Verlegung in Angriff nehmen, und in welchen Streckenabschnitten wird das wann sein?

97. Abgeordneter **Stercken** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Bestrebungen zur Zusammenlegung der Busdienste der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost im Bereich des Aachener Verkehrsverbunds (AVV) die Möglichkeit geprüft, durch eine Vereinigung der Wartungs- und Reparaturdienste eine Senkung der Betriebskosten zu erreichen?

98. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung im „Schwarzwälder Boten" vom 28. Februar 1978 zu, wonach der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Haar, vor der Landespressekonferenz in Stuttgart erklärt haben soll, u. a. für die Strecke Appenweier – Bad Griesbach habe sich bei der gesamtwirtschaftlichen Bewertung ein Vorteil der Busbedienung gegenüber dem Schienenpersonenverkehr ergeben, und wie verträgt sich gegebenenfalls eine solche Festlegung des Vertreters der Bundesregierung mit der Tatsache, daß nach Angaben der Bundesregierung diese Stillegungsabsichten erst in einem „Regionalgespräch" im April erörtert werden sollen?

99. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung bei ihren Überlegungen zu einer eventuellen Ausrüstung aller Personenkraftwagen mit Verbundglasfrontscheiben zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auch der in Heft 25 der Schriftenreihe des Verbands der Automobilindustrie (VDA) im Januar 1978 veröffentlichten Kosten-Nutzen-Untersuchung zu diesem Projekt Beachtung schenken?

100. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Was hat die Deutsche Bundesbahn dazu bewogen, in einer vom SDAJ-Bundesvorstand herausgegebenen Beilage zur DKP-Zeitung „Unsere Zeit" vom 10. März 1978 zwei Werbeanzeigen aufzugeben?

101. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Deutsche Bundesbahn, auch in Zukunft die SDAJ oder die DKP durch Anzeigenaufträge finanziell zu unterstützen?

102.	Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, zur Beseitigung der bekannten Wettbewerbsverzerrungen im Kiesverkehr mittels Binnenschiffen ab oberrheinischen Ladestellen Frachten zu verordnen, die in ihrer Höhe den freien Marktfrachten des grenzüberschreitenden Verkehrs entsprechen, um damit die Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Werke und zur Sicherung der in diesem Unternehmen beschäftigten Arbeitskräfte zu beseitigen?
103.	Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, zur Ermittlung der Marktfrachthöhe für die einzelnen Transportrelationen für eine Übergangszeit (z. B. ein halbes Jahr lang) die Frachtbildung für Sand, Kies und Splitt ab oberrheinischen deutschen Ladestellen aus dem FTB (Frachten- und Tarifanzeiger der Binnenschiffahrt) herauszunehmen und durch Angebot und Nachfrage sich bilden zu lassen?
104.	Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)	Wie hoch sind die Gesamtkosten für das Brückenbauwerk der Deutschen Bundesbahn im Streckenbereich Dorsten–Borken und Dorsten–Coesfeld in der Halterner Straße in Dorsten, wer beteiligt sich in welcher Höhe hieran, und wann ist mit der endgültigen Fertigstellung zu rechnen?
105.	Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Treffen Pressemeldungen zu, wonach das Bundesverkehrsministerium Sicherheitsbedenken zum derzeitigen Ausbaustand des Bremer Flughafens gegenüber dem Land Bremen geäußert hat, und wenn ja, was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Sicherheit der Anwohner und der Passagiere zu gewährleisten?
106.	Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, sich bei der internationalen Zivilorganisation dafür zu verwenden, daß die zur Zeit geltenden Lufttüchtigkeitsvorschriften für Luftfahrzeuge mit raschmöglichster Wirkung verschärft und dem Stand der Technik angepaßt werden, insbesondere die Zulassung aller Muster von Luftfahrzeugen gleich behandelt wird wie die Zulassung neuentwickelter Flugzeugtypen?
107.	Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Zulässigkeitsbewilligung für Flugzeugtypen, die den neuen Lärmnormen nicht entsprechen, in kürzeren Fristen zu entziehen, als es bisher vorgesehen war, und ist sie bereit sicherzustellen, daß jeder technische Fortschritt für den Bau lärmgünstigerer Triebwerke bei der Festsetzung der Lufttüchtigkeitsanforderungen laufend berücksichtigt wird?
108.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Wie hoch wären die Kosten zum Schutz gegen Straßenverkehrslärm, wenn die Kostenerstattung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz in Verbindung mit dem Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts, welches 45 Dezibel in der Nacht und 55 Dezibel am Tag als Zumutbarkeitsgrenze für unvorbelastete Wohngebiete feststellt, vorgenommen würde?
109.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Bis wann ist mit der Verlegung der B 36 zwischen Lichtenau – Südausgang – und Rheinmünster – Nordausgang – zu rechnen, und welche Trassenführung ist auf diesem Teilstück geplant?

110. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Pläne hinsichtlich der Bundesautobahn Reiskirchen – Montabaur, insbesondere aber bezüglich des Teilstücks Wetzlarer Kreuz (Sauerlandlinie) bis Anschluß Krofdorf – Gleiberg, dessen Bauzustand bereits seit geraumer Zeit weit fortgeschritten ist?

111. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wie hoch würde sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Summe der jährlichen Einsparungen der Deutschen Bundesbahn bei einer Verlagerung des Personenverkehrs von der Schiene auf die Straße belaufen, die bei den derzeit noch in der Überprüfung befindlichen Bundesbahnstrecken in Baden-Württemberg zu erzielen wäre, und wie hoch beläuft sich demgegenüber der jährlich zu erwartende Aufwand der Deutschen Bundesbahn zur Abdeckung der Defizite im schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr der baden-württembergischen Großstädte?

112. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung unter raumordnerischen und verkehrspolitischen Gesichtspunkten für vertretbar, wichtige Städte wie Bad Waldsee, Isny oder Saulgau überhaupt von jeder Bahnverbindung im öffentlichen Personenverkehr abzuschneiden?

113. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Bis wann hat die Bundesregierung im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit und den Mangel an Ausbildungsplätzen die Frage nach der Wiederaufnahme der Berufsausbildung im Kraftfahrzeughandwerk bei der Deutschen Bundespost geprüft, und ist damit zu rechnen, daß der bereits 1976 ablehnende Bescheid aufgehoben wird?

114. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Bis wann kann der Amtsgruppenvorstand der Deutschen Postgewerkschaft beim Postamt 2 in Frankfurt damit rechnen, daß eine Entscheidung über seine Anregung, in der dortigen Betriebswerkstätte etwa 50 Kraftfahrzeughandwerker auszubilden, gefällt wird?

115. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Deutsche Bundespost in ihren Aushangkästen mit den zur Zeit gültigen Postwertzeichen die Bezeichnung „Westberlin“ verwendet, obgleich diese falsche Bezeichnung von den Kommunisten zur Unterstützung der Dreistaatentheorie verwendet wird?

116. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Deutsche Bundespost, den Nahdienst im Kreisgebiet Minden—Lübbecke einzuführen?

117. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die überdurchschnittlich große Fläche des Kreisgebiets, die Verteilung der Bevölkerung auf mehr als 120 Ortschaften in elf oftmals weiträumigen Städten und Gemeinden mit jeweils mehreren Ortsnetzen es rechtfertigt, den Telefonnahdienst so rasch wie möglich und zum gleichen Zeitpunkt für das gesamte Kreisgebiet einzuführen?

118. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Ansichtskartenverlage und des Kioskgewerbes sind auf Grund der geplanten Gebührenerhöhungen der Deutschen Bundespost zu erwarten, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus?

119. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)	Welche neuen Dienstposten werden bei der OPD Frankfurt und beim aufnehmenden Postamt Bad Homburg im Zuge der beabsichtigten Neuorganisation der Verwaltungsdienste im einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienst mehr benötigt, und welcher Verwaltungsaufwand entsteht durch die verstärkte Zentralisation und die Verlängerung der Behörden- und Dienstwege?
120. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)	Wie ist der Abzug von qualifizierten Arbeitsplätzen aus dem strukturschwächeren Usinger Land im Rahmen der Zentralisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundespost in die Strukturpolitik der Bundesregierung einzuordnen, und wie gedenkt die Bundesregierung, den erneuten Arbeitsplatzverlust in diesem Raum auszugleichen?
121. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Sind Informationen zutreffend, daß die Bundesregierung für die Küsten- und Grenzgebiete Telefonnahbereiche mit gleicher Ausdehnung vorsieht wie für die Nahbereiche im Innern der Bundesrepublik Deutschland, und wie soll diese Regelung aussehen?
122. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)	Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es rechtens sei, Arbeiter bei der Deutschen Bundespost, die Mitglied der DKP sind, vor die Alternative zu stellen, sich entweder von der Partei zu lösen oder aber eine Auflösung des Arbeitsverhältnisses in Kauf zu nehmen?
123. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)	Gibt der Brief des Bundespostministeriums vom 31. März 1978 – Aktenzeichen 913-1 1020/3 – an Rechtsanwalt Glöser aus Mainz, betreffend den Fernmeldehandwerker Hans-Erich Rauch, die Meinung der Bundesregierung wider?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

124. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Treffen Meldungen des „Bonner Städtebauinstituts" vom März 1978 zu, daß beim Wohneigentum – d. h. der Anteil des Wohneigentums am Gesamtwohnungsbestand – die Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Europäischen Gemeinschaften nach wie vor das Schlußlicht bildet, und welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um dieses Mißverhältnis positiv zu verändern?
125. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, beim Erwerb von Wohnungseigentum das Durchschnittsalter der Erwerber herabzumindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

126. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Sind die Angaben des ehemaligen Sachbearbeiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, Fritz Wilke, im Spiegel (Nr. 10/1978) über eine mangelhafte Information von Bundesbürgern über in bestimmten Fällen vorhandene Gefährdungen bei der Benutzung der Transitwege nach Berlin (West) zutreffend, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um konkret gefährdete Personen künftig zuverlässig vor der Benutzung der Transitwege nach Berlin (West) und vor Reisen in die DDR zu warnen?

127. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Trifft die Behauptung des ehemaligen Sachbearbeiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, Fritz Wilke, im Spiegel (Nr. 10/1978) zu, daß Angehörige der Sicherheitsorgane der DDR vor einiger Zeit einen West-Berliner auf dem U-Bahnhof Friedrichstraße aus der U-Bahn heraus bei der Durchfahrt durch den Ostsektor mit der von der West-Berliner BVG betriebenen U-Bahnlinie Wedding-Kreuzberg verhaftet haben, und wenn ja, was hat die Bundesregierung unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

128. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die in Gorleben geplante Entsorgungsanlage im Falle ihrer hundertprozentigen Sicherheit dann auch überall woanders gebaut werden könne?

129. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Mischfinanzierungsregelung bei der Fraunhofer-Gesellschaft, insbesondere in bezug auf die Entscheidungsfähigkeit und Organisationsflexibilität der Gesellschaft, und gedenkt die Bundesregierung, den früheren Zustand wieder anzustreben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

130. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung ein kommerzielles Unternehmen beauftragt hat, bei den Ländern Unterlagen für den Bericht der Bundesregierung über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems zu ermitteln, und wenn ja, warum hat die Bundesregierung ein kommerzielles Unternehmen beauftragt, Unterlagen für die Erstellung ihres Berichts über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems einzuholen, und warum hat sie sich nicht direkt mit den Ländern in Verbindung gesetzt, um, wie es der Wunsch der Ministerpräsidenten der Länder gewesen ist, diesen Bericht gemeinsam mit den Ländern zu erarbeiten?

131. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Ist die Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 21. März 1978 zutreffend, daß das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft ein kommerzielles Unternehmen beauftragt hat, einen Bericht über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems zu erstellen, und wie begründet die Bundesregierung gegebenenfalls die Einschaltung eines kommerziellen Unternehmens?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

132. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Trifft es zu, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bereits eine neue Weltkarte nach Dr. Arno Peters an Gäste der Dritten Welt verteilt, und ist daraus gegebenenfalls zu schließen, daß die Bundesregierung die Einführung der Karte unterstützen und fördern will?

133. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Treffen Zeitungsmeldungen zu, denenzufolge die Bundesregierung dem Staat Nicaragua in diesem Jahr einen Kredit in Höhe von 18 Millionen DM gewähren will, und unter welchen Bedingungen und zu welchem Zweck wurden diese Mittel gegebenenfalls bewilligt?

Bonn, den 7. April 1978